

In der Senatssitzung am 5. September 2023 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Kinder und Bildung

28.08.2023

**Nummer der Anfrage
L 21**

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 05.09.2023

„Interesse der Schulen im Land Bremen an politischen Bildungsangeboten von Jugendoffizieren der Bundeswehr“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

Inwiefern ist die Anzahl an politischen Bildungsangeboten (Vorträge, Informationsveranstaltungen, Seminare etc.), die unter aktiver Mitwirkung von Jugendoffizieren der Bundeswehr realisiert wurden, seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, nach Kenntnis des Senats auch an Schulen im Land Bremen gestiegen?

Wie bewertet der Senat diese Entwicklung und das hierdurch dokumentierte Interesse der Schulen und durch welche etwaigen Maßnahmen trägt er ihr u. U. auch im Zusammenwirken mit der Bundeswehr entsprechend Rechnung?

Was gedenkt der Senat zu unternehmen, damit zukünftig noch mehr Bremer Schülerinnen und Schüler regelmäßig die Möglichkeit zur Teilnahme an politischen Bildungsangeboten haben, die unter aktiver Mitwirkung von Jugendoffizieren der Bundeswehr realisiert werden?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Fragen 1 und 2:

Über die Nutzung von Angeboten Externer durch die Schulen im Lande Bremen erhebt der Senat grundsätzlich keine Daten. Gemäß § 9 des Bremischen Schulgesetzes sind Schulen eigenständige pädagogische Einheiten. Diese Eigenständigkeit beinhaltet auch Freiräume für die Ausgestaltung von Unterricht und weiterem Schulleben z. B.

durch die vor- und nachbereitete Einladung von Vertreter:innen verschiedener Organisationen oder Institutionen in den Unterricht. Dies gilt gleichermaßen für die Angebote der Jugendoffizier:innen der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung, die ausschließlich auf Einladung der Schulen in Bremen und Bremerhaven durchgeführt werden.

Eine Steigerung der Nachfrage der Schulen im Lande Bremen nach politischen Bildungsangeboten der Jugendoffizier:innen kann vor dem dargestellten Sachverhalt nicht belegt, aber auch nicht ausgeschlossen werden.

Zu Frage 3:

Die Teilnahme an politischen Bildungsangeboten ist für alle Bevölkerungsgruppen wichtig. Auch an Schulen finden solche Angebote für Schülerinnen und Schüler statt. Die Schulen werden ausdrücklich ermutigt, generell mehr Bremer Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an politischen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Der Senat sieht grundsätzlich die aktuellen Regelungen als ausreichende Grundlage an, um Schüler:innen in Bremen und Bremerhaven die Teilnahme an politischen Bildungsangeboten, auch an solchen, die unter aktiver Mitwirkung von Jugendoffizier:innen der Bundeswehr realisiert werden, zu ermöglichen. Bei allen Angeboten ist die Leitung, Vor- und Nachbereitung durch Lehrkräfte der Schule und natürlich die Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses der politischen Bildung zentral.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage kann nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 28.08.2023 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.